



Stephan Krull:
100 Jahre 8-Stunden-Tag
Otto König/Richard Detje:
Aufspaltung thyssenkrupp

Mit Beiträgen u.a. von
Ursula Schumm-Garling, Klaus
Busch, Antonio Santamaria,
Michael Wendl, Joachim Bischoff,
Hinrich Kuhls, Klaus Steinitz,
Alban Werner, Heiner Karuscheit

**Forum
Gewerkschaften**

BREXIT

THIS IS WHAT
THE PARTY IS
FOCUSING ON NOW



EXIT

R



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Die Konservative Revolution



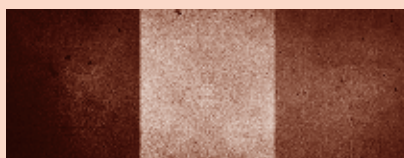
Die Ergebnisse der Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober 2018 zeigen starke Bewegungen in der Parteienlandschaft. Die CSU hat das schlechteste Ergebnis seit 1950 erzielt und ihre absolute Mehrheit verloren. Die AfD zieht in den 15. Landtag ein. ...

Trump im Konfrontationsmodus, China auf Öffnungskurs



Die Konturen von US-Präsident Donald Trumps Handelsstrategie werden mit jedem Tag klarer. Amerikas Handelspartner sehen sich dramatischen Konfrontationen und Bedrohungen ausgesetzt. ...

Belgiens Mitte geschwächt



Belgiens Wählerschaft hat die etablierten Parteien sowohl der Schweden-Koalition (Liberale und Rechtspopulisten) als auch der Sozialdemokraten abgestraft. 38% der Belgier*innen würden am liebsten sowohl bei Kommunalwahlen als auch bei den Parlamentswahlen nicht mehr ihre Stimme abgeben, wenn die straffbewehrte Wahlpflicht entfiel. ...

Niedergang der Sozialdemokratie

Michael Wendl: Ratlos am Tiefpunkt. Die SPD nach der Bayernwahl	2
Redaktion Sozialismus: Schweden: Erneuerung des Sozialstaates?	6

Berliner Republik: Ost & West, Alt & Jung

Ulrich Busch/Klaus Steinitz: Retrospektiv und erfolgsbetont Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018	9
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Demografischer und gesellschaftlicher Wandel	14

Fallstricke der »Selbst-Bestimmung«

Hinrich Kuhls: Brexit – ein gordischer Knoten. Das irrationale Versprechen der Rückkehr zur »vollen nationalen Souveränität«	21
Klaus Busch: Das italienische Haushaltsdefizit und die Gefahren für die Eurozone	26
Ursula Schumm-Garling: Europas Militarisierung schreitet voran	30
Antonio Santamaria: Nationalistisch oder demokratisch? Die soziale Struktur der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung und die demokratische Frage	32

Gefühlte Legitimierung

Detlef Umbach: Trump, seine Partei und seine Anhänger Ein Ausblick auf die US-Zwischenwahlen	37
---	----

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: thyssenkrupp – riskante Aufspaltung. »Selbsterlegung« und vertane Chance der Arbeitnehmervertreter im montanmitbestimmten Konzern	42
Michael Wendl: Geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung Mit dem »Comparable Worth-Index« gegen den Gender Pay Gap?	46
Stephan Krull: Wege entstehen im Gehen. 100 Jahre 8-Stunden Tag	51

Die Rechte 2018/2019

Alban Werner: Eine vieldeutige Hydra. Rechtspopulismus und Arbeiter*innenklasse (zu Becker u.a., Arbeiterbewegung von rechts?)	55
Heiner Karuscheit: Revolution und Konterrevolution 1918 Das Scheitern einer bürgerlichen Revolution und die Folgen	58

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	49
Veranstaltungen & Tipps	64
Klaus Schneider: Dogman (Filmkritik)	65

Sozialismus extra

Klaus Busch/Joachim Bischoff/Axel Troost Wohin treibt Europa? Plädoyer für eine solidarische EU	
--	--

Schweden: Erneuerung des Sozialstaates?

von ■ Redaktion Sozialismus



Ministerpräsident Stefan Löfven bei der Wahlparty der SAP, 9.11.2018 (dpa)

Die Parlamentswahl vom 9. September 2018 bescherte der schwedischen Gesellschaft bei hoher Wahlbeteiligung (84,4%) eine mehrfache Überraschung:

- Auch in dem Kernland des europäischen Sozialstaates schlägt sich der Niedergang der politischen Arbeiterbewegung massiv nieder. Die Sozialdemokraten bleiben zwar weiterhin mit Abstand stärkste Kraft, aber die Partei von Premierminister Stefan Löfven holte nur 28,4% der Stimmen. Es ist das schlechteste Ergebnis der Sozialdemokraten seit mehr als hundert Jahren, noch 2014 hatten sie 31,1% erkämpft.
- Der von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP) geführte Mitte-Links-Block aus Sozialdemokraten, Grünen und Linkspartei verfügt nur noch über ein Mandat mehr als der

Block einer bürgerlichen Allianz aus Konservativen, Christdemokraten, Liberalen und Zentrumsparlei.

- Eindeutiger Wahlsieger waren die rechtsnationalen oder rechtspopulistischen Schwedendemokraten (SD), die mit ihren 62 Mandaten dafür sorgen, dass weder das rot-grüne Lager noch die bürgerliche Allianz (144 beziehungsweise 143 Sitze) eine Mehrheit erreichen kann. Vor acht Jahren bei 6% und vor vier Jahren bei 13% liegend, haben sie mit einem Resultat von 17,6% einen neuerlichen deutlichen Zuwachs verbucht. Von einer Randerscheinung sind sie zu einem gewichtigen Faktor der schwedischen Politik avanciert. Mit ihrer nun erlangten Stärke kommt ihnen die Rolle des Züngleins an der Waage zu. Sie können die Politik jeder Re-

gierung, komme sie nun aus dem rot-grünen oder aus dem bürgerlichen Lager, nahezu unmöglich machen. Aufgrund ihrer Herkunft aus dem rechtsextremen Umfeld der späten 1980er Jahre will von den übrigen Parlamentsparteien mit ihnen allerdings bisher niemand etwas zu tun haben, weder direkt als Koalitionspartner noch indirekt.

- Eine Auflösung des politischen Patts ist bislang nicht erkennbar. Für eine handlungsfähige Regierung braucht es entweder eine Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Blöcken. Oder die regierende Minderheit muss auf die Unterstützung der Schwedendemokraten zurückgreifen. Zwei Wochen nach der Wahl hat Schwedens Regierungschef Stefan Löfven die Vertrauensabstimmung im Parlament verloren. Er wird die Regierung trotzdem kommissarisch weiter führen, bis Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen sind.

Diese Entwicklung in Schweden ist für die Situation in Skandinavien bedeutsam: In allen Nachbarländern sind die Rechtspopulisten an der Regierung beteiligt oder stützen sie. In Schweden sind sie bisher isoliert. In Skandinavien sind Minderheitsregierungen üblich, die für jede Entscheidung neue Mehrheiten finden müssen. Wenn da die Schwedendemokraten als drittstärkste Partei im Parlament einen Vorschlag mitgetragen haben, hat sich zwar meist niemand beschwert. Nach außen hin aber war die Botschaft klar: keine Geschäfte mit den Rechten.

Die Machtposition der Rechtspopulisten verschärft erkennbar die Krise der Demokratie. Der sozialdemokratische Minister für Unternehmen und Innovation, Mikael Damberg, konstatiert: »Es ist eine gefährliche Entwicklung, wenn populistische Kräfte an Boden gewinnen und Fremdenfeindlichkeit unsere Gesellschaft erfasst. So wird die Demokratie ausgehöhlt. Eine Untersuchung aus dem vergangenen Jahr zeigt, dass 74% der Schweden unsere Demokratie bedroht sehen. Und fast jeder zweite Jugendliche hätte lieber Experten als vom Volk gewählte Politiker an der Spitze der Gesellschaft. Ich finde das bemerkenswert.« (zit. n. Deutschlandfunk)

vom 4.9.2018) Zwei Kernfragen sind mit dieser Entwicklung aufgeworfen: Was ist der Grund für den Erfolgskurs der Rechtspopulisten, und gibt es in Schweden Ansatzpunkte oder gar eine Strategie für eine Erneuerung der politischen Linken?

Rechtspopulistische Zerstörung des Sozialstaates

Die Schwedendemokraten entstanden 1988 in einem rechtsextremen und rassistischen Milieu als eine rechtsextreme Formation. Seither beruht ihre steile Karriere ähnlich wie die des französischen Front National auf einer Ent-Diabolisierung, d.h. sie versuchen mehr oder minder überzeugend, ihre rechtsextreme und rassistische Ausrichtung abzustreifen und werden doch auf die eine oder andere Weise immer wieder von ihrer Vergangenheit eingeholt. Die Schwedendemokraten haben 2010 als parlamentarische Partei den Sprung in den Reichstag geschafft, indem sie mit 6% die Vier-Prozent-Hürde übersprungen haben. 2014 verdoppelten sie ihren Wähleranteil auf 13% und zogen bei den Europa-Wahlen ins Europaparlament ein. Bei den aktuellen Reichstagswahlen erreichte die Partei das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte.

Der Vorsitzende Åkesson verpasste den Schwedendemokraten im Wahlkampf ein bürgerliches Gesicht: Er betonte, dass die Partei mit ihrer Nazi-Vergangenheit nichts mehr zu tun habe. Programmatisch sind die SD Abtreibungsgegner, unterstützen ein traditionelles Familienbild und sind sowohl gegen die »Ehe für alle« als auch gegen das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Außerdem bestreiten sie die Notwendigkeit einer radikalen ökologischen Politik, denn die Gesellschaften trügen keine Schuld am Klimawandel und an der Erderwärmung. Wirtschaftlich sind sie eher liberal und wollen den Einfluss der Politik auf die Wirtschaft einschränken und kleine sowie mittelständische Unternehmen stärken. Der Europäischen Union stehen sie skeptisch gegenüber und wollen Zahlungen an Brüssel minimieren sowie eine Abstimmung über einen möglichen Austritt aus der Union errei-

chen: #swexit. Zu den Zielen der Schwedendemokraten gehören außerdem die radikale Eindämmung jeder Form von Zuwanderung sowie die Einschränkung der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU.

Entscheidend für den Stimmenzuwachs für die SD war die harte Haltung in Sachen Migration. Auch die systematische Diffamierung von Flüchtlingen als Kriminelle ist Teil ihrer Rhetorik. Die SD stehen deutlich rechts von den rechtspopulistischen Parteien in Skandinavien. Sie haben sich in den letzten Jahren und auch im Wahlkampf als einzige »echte« Opposition präsentiert. Die Partei kann zudem darauf verweisen, dass der durch die Umstände der Migrationskrise erzwungene dramatische Kurswechsel der regierenden Sozialdemokraten in der Asylpolitik genau diejenigen Maßnahmen gebracht habe, die man selber schon lange gefordert habe. Man habe also recht gehabt, obwohl man ständig als rassistisch und extremistisch dargestellt werde.

Im zurückliegenden Wahlkampf dominierte zunächst das Thema Migration: Statt über Rente, Gesundheitsvorsorge und Bildung debattiert Schweden vorwiegend über Migration und Klimaschutz. Das Migrationsthema hat aus zwei Gründen massiv an Bedeutung gewonnen: Einmal, weil das Land im Zuge der Migrationskrise pro Kopf mehr Menschen aufgenommen hat als jeder andere Staat in der EU (insgesamt etwa 160.000); aber auch, weil die Schwedendemokraten es zum Mittelpunkt ihrer Oppositionsarbeit gemacht haben.

Krise und Erneuerung der Sozialdemokratie

Die schwedische Sozialdemokratie ist, wie andere sozialdemokratische Parteien, auf einem historischen Tiefpunkt in der Wähler*innenzustimmung angelangt. Die schwedische Gesellschaft hat in Jahrzehnten sozialdemokratischer Vormachtstellung den skandinavischen Wohlfahrtsstaat zu einem internationalen Referenzpunkt gemacht. Über weite Strecken der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stellte die sozialdemokratische Partei den Regierungschef und die entsprechende parlamentarische

Mehrheit. Während die Sozialdemokraten bei Wahlen im 20. Jahrhundert zwischen 35% und 50% der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen konnten, befindet sich die Partei seit dem Jahrtausendwechsel in einem chronischen Niedergang.

Die Strategie der Sozialdemokraten, über eine teilweise Kopie der Politik der Schwedendemokraten verlorene Wähler*innen zurückzugewinnen, ging daneben. Die Forderungen nach härteren Strafen für Kriminelle und einer strafferen Migrationspolitik ließen vielmehr die Umfragewerte weiter sinken. Erst in den letzten Wochen vor der Wahl, als sich die Partei auf die neuen Probleme des Sozialstaates besann und für seine Erneuerung kämpfte, stieg die gesellschaftliche Akzeptanz wieder an. Die Ausrichtung auf verbesserte Arbeitsbedingungen, mehr gesellschaftliche Ressourcen für Bildung und Gesundheit erhöhten die Attraktivität der SAP. Diese Themen waren für viele Stimmbürger*innen wichtiger als die Migration.

Diese Verschiebung der Wahlkampfthemen von der Zuwanderung hin zum Schlüsselthema der Zukunft des Sozialstaates führte dazu, dass der von den Demoskopen prognostizierte Absturz auf 26% abgewendet werden konnte. Schwedens Sozialdemokraten proklamierten die Wahlen zu einem Referendum über den Wohlfahrtsstaat. Dieser brauche mehr Geld und es müssten vernachlässigte Strukturprobleme beseitigt werden, weshalb höhere Steuern nötig seien.

Schwedens Wirtschaft brummt und war daher auch kein Wahlkampfthema – oder höchstens dann, wenn es für die rot-grüne Regierung darum ging, die eigenen Verdienste in den Vordergrund zu stellen. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wurde für das erste Halbjahr 2018 auf 3,3% gegenüber der vergleichbaren Vorjahresperiode veranschlagt. Prognosen für das ganze Jahr laufen auf einen Wert zwischen 2,5% und 3% hinaus. Die Arbeitslosenquote sank per Mitte 2018 auf rund 6%, wobei insbesondere bei der Jugendarbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit von Zuwanderern relativ guten Erfolge erzielt wurden.

Die Einkommensverhältnisse haben sich nicht im gleichen Maße entwickelt, die schwedische Gesellschaft ist ungleicher geworden. In Schweden gilt die Regulation der Einkommensverteilung als wichtige staatliche Aufgabe. Und dennoch hat das Land in den vergangenen Jahren eine bemerkenswerte Entwicklung weg von der Wohlfahrt für alle hin zum Wohlstand für wenige vollzogen (siehe Abb. 1). In keinem anderen westlichen Industriestaat sind laut OECD die Einkommensunterschiede so schnell gestiegen wie in Schweden (siehe Abb. 2).

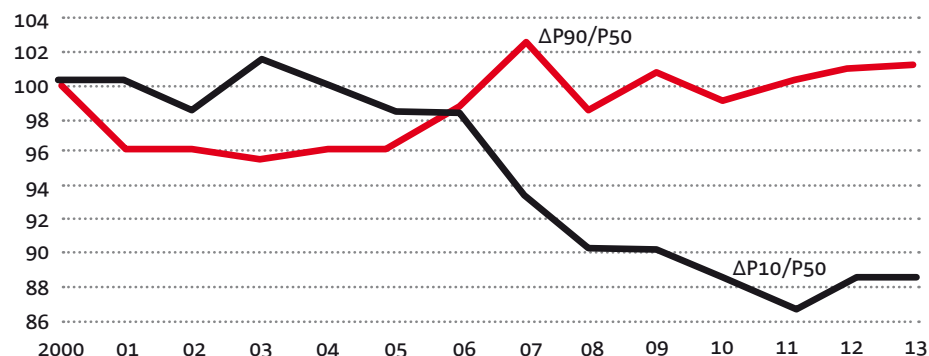
Die wohlhabenden Gesellschaftsmglieder profitierten seit den 1980er Jahren von einer Reihe politischer Maßnahmen. Erstens erfolgten sowohl unter sozialdemokratischen als auch später unter bürgerlichen Regierungen zahlreiche Steuersenkungen, die die Wettbewerbsfähigkeit Schwedens stärken sollten, von denen aber vornehmlich die Reichen profitierten. Den bedeutendsten Einschnitt stellte dabei die Anfang der 1990er Jahre von den Sozialdemokraten durchgeführte »Steuerreform des Jahrhunderts« dar. Die bürgerlichen Regierungen führten den von den Sozialdemokraten eingeschlagenen Weg anschließend fort.

Im Herbst 2014 wurde die bürgerliche Allianz aus dem Amt gewählt. An ihre Stelle trat eine Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Grünen. Trotz einer Anhebung des Arbeitslosengeldes und einer anschwellenden Debatte über ein Ende der Sparpolitik konnte die rot-grüne Regierung keinen wirklichen Politikwechsel durchsetzen.

Entscheidend aber: Die Steuern sind nach vier Jahren rot-grüner Regierung hoch wie eh und je, doch die Leistungen stimmen nach Ansicht einer wachsenden Anzahl von Bürger*innen nicht mehr. Grob zusammengefasst heißt das: Die sozialen Dienstleistungen und damit die öffentliche Infrastruktur entsprechen nicht den Ansprüchen der Mehrheit der Bevölkerung. Drei Problemfelder ragen heraus:

- Erstens geht es um die Gesundheitsversorgung. Die vom Staat abgegebene »Pflegegarantie«, die Patient*innen mit ernsthaften Problemen zusichert, innerhalb von 90

Abb. 1: Entwicklung der Ungleichheit in der oberen und unteren Einkommenshälfte, 2000-2013



Quelle: Schwedische Statistikbehörde

Erläuterungen: Die Ungleichheitsmaße P10/P50 und P90/P50 geben das Verhältnis des 10. Perzentils (also des Prozents, das reicher ist als 10 Prozent der Gesellschaft) bzw. des 90. Perzentils (also das Prozent, das reicher ist als 90 Prozent der Gesellschaft) zur Mitte der Einkommensverteilung wieder. Alle Werte beziehen sich auf das Ausgangsjahr 2000. Die Graphen sagen also nichts über das eigentliche Verhältnis der genannten Gruppen im Vergleich zur Mitte aus, sondern geben Aufschluss darüber, ob sich die beiden Gruppen im Vergleich zum Ausgangswert im Jahre 2000 weiter von der Mitte entfernt haben.

Abb. 2: Ungleichheit nach Ländern

Dieser Anteil der Bevölkerung hat zusammen weniger Vermögen als das reichste Prozent:

Schweden	96,2%
USA	95,5%
Deutschland	88,2%
Großbritannien	78%
Frankreich	72,3%
Spanien	72%
Italien	68%
Japan	56,4%

Tagen einen Spezialisten sehen oder eine Behandlung beginnen zu können, konnte im Juni 2014 in 44.000 Fällen nicht eingehalten werden, im Juni dieses Jahres waren es bereits 86.000 Fälle.

- Zweitens stehen der eklatante Lehrer*innenmangel und die Situation des Schulsystems im Fokus, vor allem in den Gemeinden (die für das Schulwesen in Schweden zuständig sind). In den nächsten Jahren werden Zehntausende qualifizierter Lehrer*innen fehlen. Außerdem gibt es einen Konflikt über die Rolle der privat geführten sogenannten freien Schulen. Diese werden, wie die kommunalen Schulen, mit einem Staatsbeitrag pro Schüler*in finanziert. Im Gegenzug dürfen sie kein Schulgeld verlangen. Weil sie oft effizienter geführt sind als die kommunalen Schulen, sind sie bei bildungsnahen Eltern beliebt, weshalb zum Teil jahrelange Wartezeiten bestehen und Kinder für die beliebtesten Schulen quasi

bei ihrer Geburt schon in die Warteschlange gestellt werden müssen.

- Drittens geht es auch auf dem Terrain öffentliche Sicherheit um einen Personalmangel.

Der gemeinsame Nenner der Probleme im öffentlichen Sektor – Gesundheits-, Schul- und Polizeiwesen – sind die finanziellen Ressourcen zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Die sozialdemokratische Regierung machte die fehlenden Investitionen aus der Zeit der konservativ geführten Vorgängerregierung dafür verantwortlich und antwortete erst im Laufe des Wahlkampfes mit einem umfangreichen Investitionsprogramm für Infrastruktur und Personal. Doch angesichts der unterminierten politischen Glaubwürdigkeit war diese Ausrichtung der Kampagne konfrontiert mit der rechtspopulistischen Erzählung von den modernen Sündenböcken – und den Forderungen, weniger Migrant*innen aufzunehmen und weniger Leistungen für sie aufzubringen.

Schlussfolgerung: Deutliche Korrekturen in der Verteilungspolitik und Investitionen in den Wohlfahrtsstaat könnten künftig in Schweden ein Ansatz sein, dem Niedergang des Sozialstaates gegenzusteuern. Allerdings muss dazu das politische Patt durchbrochen werden.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigelegten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie ☐ Weltküche ☐ Müller ☐ Hoff
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie ☐ Weltküche ☐ Müller ☐ Hoff
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de